

„Beim Klimaschutz ist die Gesamtschau gefragt“

Umweltministerin Tanja Gönner kritisiert das Vorpreschen ihres Kollegen Pfister beim Thema Umweltzonen

Von unserem Redaktionsmitglied
Wolfgang Voigt

Karlsruhe. Mancher erfahrene Fahrersmann in der Landespolitik hat ihre bisherigen Stationen innerhalb der Landesregierung gern als weiblich-weich und wenig relevant abgetan: Sozial- und nun Umweltministerium als Alibi-Ressorts? Wohl kaum. Schon gar nicht, seit die Klimadebatte auch den Südwesten erfasst hat. „Natürlich freue ich mich einerseits, darüber dass Umweltthemen jetzt im Mittelpunkt stehen und auch ihre ökonomische Bedeutung erkannt wird“, sagt Umweltministerin Tanja Gönner beim Redaktionsbesuch in der Zentrale der Badischen Neuesten Nachrichten. „Wir laufen aber auch Gefahr, eine solche Diskussion zu überhitzen.“

Was theoretisch klingt, veranschaulicht sogleich die Praxis: Ständig läutet bei Tanja Gönners Pressesprecher das Mobiltelefon. Ein ums andere Mal erkundigen sich die landespolitischen Berichterstatter nach dem neuesten Stand der Dinge in Sachen Umweltzonen. Werden die vor allem älteren Autos in den Großstädten drohenden Fahrverbote verschoben, wie es Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) bereits angekündigt hat? Die Entscheidung sei noch offen, widerspricht die Umweltministerin ihrem Kabinettskollegen. Zunächst brauche es Gespräche mit dem Bundesumweltministerium, anschließend Konsultationen mit den kommunalen Spitzenverbänden. In dieser und der kommenden Woche finden sie statt. Und obschon die Nachrichtenagenturen bereits von einer Verschiebung berichten, bleibt die 37-jährige Ministerin bei ihrer Linie: Kann sein, muss aber nicht. Zum Hintergrund: Der Bund sieht sich nicht in der Lage, die Details zur Nachrüstung älterer Autos vor Herbst festzulegen.

Natürlich habe sie „in Teilen“ Verständnis dafür, dass auch der Wirtschaftsminister sich äußere, zumal sich auch Wirtschaftsbetriebe und Kammern bei ihm meldeten. Ob man das wie Pfister aber zu einem „suboptimalen Zeitpunkt“ ohne vorherige Abstimmung der Ressorts über die Presse erledigen müsse, sei doch sehr die Frage, sagt die Umweltministerin.

Auf solche Defizite bei der Kommunikation reagiert sie sensibel. Als Kommunikations-Defizit empfindet es die Ministerin aber auch, wenn – wie beim Thema Klimaschutz – die öffentliche Debatte nicht die Gesamtheit aller möglichen Handlungsebenen umfasst, sondern einzelne Themen über die Maßen strapaziert. Kommunikations-Defizite erkennt sie daneben bei der Auto-Industrie. „Dort hat man zu nächst einfach falsch auf das Thema Klimaschutz reagiert“, sagt die Juristin aus Sigmaaringen. Denn entgegen dem ersten Eindruck hätten die Autobauer hier sehr wohl einiges zu bieten. Der Genfer Automobilsalon habe es er-



FÜR EINE LAUFZEITVERLÄNGERUNG der Kernkraftwerke plädierte Umweltministerin Tanja Gönner anlässlich eines Redaktionsbesuchs bei den BNN. Zugleich solle die Zeit genutzt werden, um den Anteil der erneuerbaren Energien zu steigern. Foto: Artis

wiesen. Oft genug empfindet die Ministerin ihre Arbeit als „Quadratur des Kreises“. Beim Hochwasserschutz braucht es eine „Verstärkung der Mittel“, die Besitzer älterer Häuser sollen über Sanierungsprogramme in den Genuss zinsgünstiger Darlehen kommen, regenerative Energien müssen gefördert werden.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern steht der Südwesten nach Ansicht Tanja Gönners jedoch vorbildlich da. Auch wegen seiner Anstrengungen auf dem Gebiet der Forschung. Im Forschungszentrum nördlich der Fächerstadt hat sich die Ministerin nach ihrem Besuch bei den BNN etwa über die Fortschritte der Experten bei der Nutzung von Biomasse nach dem „Bioliq“-Verfahren ins Bild gesetzt. Sie war beeindruckt. Gönners großes Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß von derzeit 74 Millionen

Tonnen um zwei bis vier Millionen Tonnen jährlich zu reduzieren. Schalte man die vier Kernkraftwerke im Südwesten ab und ersetze sie durch Kohle und Gas, würde das einen Zuwachs beim CO₂-Ausstoß von zehn bis 20 Millionen Tonnen pro Jahr bedeuten, haben ihre Experten hochgerechnet. Weshalb die Ministerin für längere Laufzeiten plädiert. Während dieser zusätzlichen Laufzeit will sie bei erneuerbaren Energien deutlich zulegen. „Dann kommen wir in die Lage, später Stück für Stück abschalten zu können.“

Dabei will sie die besonderen Gegebenheiten im Südwesten berücksichtigen. Beispiel Wasserkraft: Im südbadischen Rheinfelden wird eine große Anlage gebaut, in Iffezheim gibt es die fünfte Turbine. „Insgesamt sind wir dabei, die Potenziale der Wasserkraft um rund 20

Prozent auszubauen“, erklärt die Ministerin. Auch beim Thema Biomasse sieht sie Möglichkeiten zum Ausbau. Windkraft hält die Ministerin dagegen nicht für die künftige Stärke des Landes. Solche Anlagen sind ihrer Ansicht nach im Offshore-Betrieb deutlich effizienter.

Beste Karten hat die Oberrhein-Region und speziell Karlsruhe nach Ansicht der Umweltministerin, um bei der Erforschung der Tiefen-Geothermie weltweit eine führende Rolle zu spielen. Neben der Fächerstadt hatte sich auch Freiburg als Forschungsstätte empfohlen. „Wir haben hier mit der Technischen Universität und dem Forschungszentrum hervorragende Voraussetzungen“, erklärt die Ministerin. Außerdem biete der Rheingraben auch dank seiner markanten Geologie viel versprechende Voraussetzungen.